
Veranstaltungs-Dokumentation

Raus aus der Kohle!

Warum Deutschland einen Kohleausstieg braucht, was er für NRW bedeutet und wie er gelingt

Am Freitag, 9. Dezember 2016 im Landtag NRW

Der Kohleausstieg ist inzwischen weder ein Tabubruch noch die „Idee einer Splittergruppe“, wie Peter Terium, Vorstandsvorsitzender der RWE-Tochter Innogy, Ende Dezember in der Süddeutschen Zeitung behauptete. Inzwischen diskutieren jedoch nicht mehr nur die Grünen darüber, wie ein Kohleausstieg gestaltet werden kann. Das „ob“ wird von den meisten inzwischen nicht mehr in Frage gestellt.

Gedanklich haben wir uns dieser Forderung bei der Veranstaltung „Raus aus der Kohle! Warum Deutschland einen Kohleausstieg braucht, was er für NRW bedeutet und wie er gelingt“ im Plenarsaal des Landtags genähert. Von der Politik über die Stromkonzerne, die Gewerkschaften und der Umweltschutz waren die wichtigsten Akteure des Themas vertreten: NRW-Klimaschutzminister Johannes Remmel, Dr. Patrick Graichen (Agora Energiewende), Oliver Krischer MdB, Peter Lafos (ver.di NRW), Dr. Hans-Wilhelm Schiffer (Consultant RWE AG) und Dirk Jansen (BUND NRW).

Dr. Robert Habeck, schleswig-holsteinischer Energiewendeminister, sprang kurzfristig für die erkrankte Prof. Dr. Claudia Kemfert ein und mahnte ein höheres Tempo beim Kohleausstieg und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz an: „Energiepolitik ist Sicherheits- und Friedenspolitik, wenn wir an den Klimawandel und die damit einhergehenden Dürren und andere negativen Folgen für weite Erdteile denken.“ Zudem hätte Klimaschutz auch wirtschaftliche Aspekte, die berücksichtigt werden müssten. Zum einen böte er eine große Chance, zum anderen müssten Fehlinvestitionen verhindert werden. Diese Überlegungen sähe er als Basis für jegliche Überlegungen zur Frage, wie ein Kohleausstieg gestaltet werden soll. Denn der Anteil der Kohleverstromung an den Treibhausgasemissionen sei immer noch hoch. Klar wäre aber, dass ein Kohleausstieg machbar ist, auch wenn er eine Herausforderung darstellt, sowohl für Investitionen als

auch für den Ausbau der Infrastruktur. Aus Sicht von Minister Habeck sei es wichtig, den Kohleausstieg jetzt schnell anzugehen anstatt die Verantwortung in die Zukunft zu verschieben. Er zeigte auf, dass es verschiedene Instrumente gäbe, die einen Kohleausstieg gestalten könnten, z.B. eine weitere Verknappung von CO₂-Zertifikaten, einen CO₂-Mindestpreis, ein Ausstiegsplan nach Alter der Kohlekraftwerke oder auch eine Maximalmenge von CO₂-Emissionen pro Jahr. Dabei müsse ein Strukturbruch, gerade in den Braunkohleregionen, aus seiner Sicht vermieden werden. Dies stelle eine Herausforderung dar, die jedoch lösbar sei NRW komme hierbei eine besondere Verantwortung zu, schließlich könne Deutschland nicht gleichzeitig Energiewendeland und Kohleland sein.

Fast alle Podiumsteilnehmer in der folgenden Diskussion waren sich einig, dass die Frage nicht lautete, ob wir aus der Kohleverstromung aussteigen müssen, sondern wie und bis wann dies geschehen wird. Keiner der Diskutanten ging davon aus, dass der Kohleausstieg eine einfache Angelegenheit wird.

So verwies **Peter Lafos von ver.di** auf die Notwendigkeit zu sozialverträglichen Regelungen für die Beschäftigten, dabei sollten Strukturbrüche vermieden werden. Aus Sicht ver.di wäre ein sozialverträglicher Ausstieg einfacher, je länger die Zeitspanne bis zur Schließung des letzten Kraftwerks sei. Gleichzeitig sei es wichtig, Unsicherheit und Sorgen abzubauen und alle Beteiligten und Betroffenen mitzunehmen. Es ginge darum, darüber zu sprechen, wie schnell und innerhalb welcher Rahmenbedingungen ein Kohleausstieg erfolgen solle. Ein Kohleausstieg müsse sozialverträglich gestaltet werden. Deshalb bot ver.di in der Veranstaltung an, dass sie jederzeit für Gespräche zur Verfügung stehen, um jetzt einen Fahrplan zu entwickeln und Planungssicherheit zu schaffen.

Der BUND hingegen sah die klimapolitische Notwendigkeit, das Tempo des Kohleausstiegs zu verschärfen und möglichst schnell aus der Braunkohleförderung auszusteigen. Besonders besorgt zeigte sich **Dirk Jansen, Geschäftsführer des BUND**, darüber, dass Deutschland noch nicht einmal eine Reduktion von 40 Prozent bis 2020 nach aktuellen Prognosen erreichen wird. Hier bestünde aus seiner Sicht die Möglichkeit, alte Kraftwerke, die besonders viel CO₂ pro MWh emittieren, abzuschalten und so die notwendigen Einsparungen zu erreichen. Aus seiner Sicht müsse möglichst sofort mit dem Ausstieg begonnen werden. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Abbauziele an den Klimaschutz angepasst und ein vernünftige Strukturwandelprozess eingeleitet werden müssten.

Elmar Thyen stellte für den Stadtwerkeverbund Trianel als Betreiber von Steinkohlekraftwerken, dass es aktuell zu viel Unsicherheit im Energiemarkt gäbe. Wenn

der Klimaschutz ernst genommen würde, müsse der Kohleausstieg kommen. Allerdings betrachten große Teile der Politik den Klimaschutz scheinbar nicht als wichtiges Thema. Daher forderte er vor allem verlässliche energiepolitische Rahmenbedingungen ein, damit die Energiewirtschaft endlich Planungssicherheit erhält.

Aus Sicht des Thinktanks Agora Energiewende ergibt sich der Kohleausstieg direkt aus den Klimaschutzzielen. **Dr. Patrick Graichen** verwies darauf, dass bei allen Überlegungen zum Kohleausstieg, die nun stattfinden müssten, der Emissionshandel mitgedacht werden müsse, um die Verlagerung der Emissionen in andere EU-Länder zu vermeiden. Es müsse auch immer die Verbindung zwischen Kohlekraftwerken und Tagebauen mitdenken. Der Kohleausstieg hätte aus seiner Sicht sicherlich auch Auswirkungen auf die Industrie und die Strompreise, allerdings sei zu bedenken, dass der Druck zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen auf die Industrie weiter ansteigen würde, wenn es nicht zu einem Kohleausstieg kommen sollte. Auch deshalb sei es wahrscheinlich, dass ein Kohleausstieg kommen werde.

Oliver Krischer MdB, stellvertretender Vorsitzender der Grünen Bundestagsfraktion, betonte die Notwendigkeit, die politische Diskussion zum Kohleausstieg jetzt und in aller Entschiedenheit zu führen. Denn wenn man die Beschlüsse von Paris ernst nähme, müsse jetzt gehandelt werden. Davon sei der Bereich der Kohle nicht ausgenommen. Diese Entscheidung noch weiter in die Zukunft zu verlagern, sei falsch und hätte negative Konsequenzen für Region und Unternehmen. Insbesondere im Ruhrgebiet habe man beim Ende des Steinkohlenabbaus damals zu lange gezögert. Es sei auch im Sinne der Betroffenen, jetzt eine Diskussion zum Kohleausstieg zu führen. Am Ende sei die Kohle nur ein Wirtschaftszweig von vielen in der Region. Den Beginn der Diskussion bis zur Bundestagswahl zu verzögern, fände er falsch.

Klimaschutzminister Johannes Remmel erläuterte seine Vorstellungen für einen Fahrplan für einen rechtssicheren und sozialverträglichen Kohleausstieg und schlug die Einsetzung einer Kommission zum nationalen Kohlekonsens vor. Dabei müssten die Karten vor der Bundestagswahl auf den Tisch gelegt werden. Denn nach Paris müssten nun alle Klimaschutzpläne angepasst werden. Deshalb müsse eine Kohlekonsensrunde einberufen werden, ähnlich der Endlagersuchkommission, damit jeder wisse, worauf er sich einzustellen habe. Sein Plan sähe vor, dass die Braun- und Steinkohlekraftwerke innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte vom Netz gehen sollen. Der Emissionshandel spiegele zudem nicht die Vereinbarungen von Paris wieder, da Verkehr und Wärme zum großen Teil ausgeklammert seien. Am Ende würde der Kohleausstieg in Berlin entschieden. Es ginge nun darum, wie er konkret gestaltet werden wird. Besonders das

Rheinische Revier hätte gute Standortvorteile, um den Strukturwandel zu gestalten, so müsse beispielsweise der Wissenschafts- und Forschungsstandort weiter ausgebaut werden.

Allein der anwesende Berater von **RWE, Dr. Hans-Wilhelm Fischer**, zweifelt an der evidenten Notwendigkeit zum Kohleausstieg und wies darauf hin, dass durch die Leitentscheidung zu Garzweiler II nur eine neue räumliche, nicht aber zeitliche Begrenzung des Braunkohlenabbaus geschaffen wurde. NRW sei das Energieland Nr. 1 in Deutschland und würde daher auch ein Drittel der Emissionen emittieren. Anders als für den Atomausstieg gäbe es für den Kohleausstieg keinen gesellschaftlichen Konsens. Zudem würde ein Ausstieg dem Grundgedanken des Wirtschaftens widersprechen, schließlich müssten andere auch nicht aussteigen, z.B. die Industrie. Vielmehr sei die Kohleverstromung für die Versorgungssicherheit notwendig.

Gemeinsam mit dem Publikum betrachteten wir die verschiedenen Aspekte eines Kohleausstiegs. Klar ist: Wesentliche Schritte müssen in unmittelbarer Zukunft eingeleitet werden, im Jahr 2017 sind die Weichen für einen koordinierten Ausstiegsprozess zu stellen.

Dipl.-Ing. (FH) Wibke Brems MdL

Sprecherin für Klimaschutz und Energiepolitik

GRÜNE Fraktion im Landtag NRW

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 884 2142

wibke.brems@landtag.nrw.de

www.wibke-brems.de

